





schulen und die industrienahen Forschungseinrichtungen wie Max Planck und Fraunhofer sich über die ganze Republik verteilen, haben sich in Deutschland in den letzten Jahren neben Berlin viele Valleys herausgebildet: allen voran München, mit seinen Dax-Konzernen, den Niederlassungen amerikanischer Internetkonzerne, der **Technischen Universität TUM** und vielen industrienahen Start-ups. Aber auch Karlsruhe oder Tübingen, wo an künstlicher Intelligenz geforscht wird, oder Stuttgart mit der Start-up-Autobahn haben mächtig aufgeholt.

Allerdings haben auch andere Länder das Potenzial der in Deutschland erfundenen *Industry For-Point-Zero* erkannt, manche gehen dabei schneller voran. Man muss dazu nur über die Grenze blicken, nach Frankreich, wo sich seit der Amtsübernahme von Präsident Emmanuel Macron 2017 eine erstaunliche Dynamik entwickelt hat. Paris lockt immer mehr Start-ups an, und der Staatspräsident wirbt kräftig für sein Land und lädt ständig Investoren und die Chefs großer Tech-Firmen nach Frankreich ein.

Sehr viel gefährlicher für Deutschland ist aber das, was gerade in China passiert, wo der Staat mit sehr viel Geld seine Strategie "Made in China 2025" verfolgt. Die Volksrepublik will bis Mitte des nächsten Jahrzehnts die weltweite Nummer eins in Bereichen wie Robotik, künstliche Intelligenz oder autonomes Fahren sein - in Sektoren, in denen auch Deutschland gute Chancen hätte, wenn Wirtschaft und Politik sie denn ergreifen würden. In Berlin hat man dies im Grunde erkannt, Angela

Merkel reiste Ende Mai auf ihrer jährlichen China-Tour nicht bloß nach Peking, sondern diesmal auch nach Shenzhen, in jene Stadt nördlich von Hongkong, die sich binnen weniger Jahre von einem Fischerdorf zu einer der reichsten und innovativsten Metropolen Chinas entwickelt hat. Hunderte von Unternehmen arbeiten dort an künstlicher Intelligenz oder am neuen, superschnellen Mobilfunk-Standard 5G. "Das Tempo ist Wahnsinn. Das muss man einfach gesehen haben, um zu wissen, was da los ist", sagte Merkel während des Besuchs.

Aber was folgt daraus? Das Tempo in Deutschland ist längst nicht so hoch: in der Wirtschaft nicht - und erst recht nicht in der Politik. Die große Koalition hat den Begriff "digital" zwar so oft wie keinen anderen in ihren Koalitionsvertrag geschrieben, sie hat sich auf dem Papier viel vorgenommen bei der Förderung der Robotik, der künstlichen Intelligenz oder der Blockchain - aber stattdessen waren Union und SPD bisher vor allem mit sich selbst beschäftigt. Bei der Digitalisierung verfolgen die Ministerien nach wie vor alle ihre eigene Strategie oder schaffen, wie zuletzt das SPD-geführte Arbeitsministerium, neue digitale Denkfabriken - obwohl im Koalitionsvertrag doch eine zentrale Anlaufstelle geschaffen wurde: eine neue digitale Staatsministerin im Kanzleramt.

Was vor allem fehlt (und auch im Koalitionsvertrag mit seinen viel Einzelmaßnahmen nicht stand), ist eine Vision: Wo will die Regierung eigentlich hin, wo sieht sie die digitale Zukunft Deutschlands? Es fehlt zudem an der

Bereitschaft, mit Macht zu investieren - so wie es China etwa auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz tut. Natürlich kann in Deutschland, anders als ein kommunistisches Land, die öffentliche Hand nur einen Anstoß geben, den Großteil der Investitionen muss am Ende die Privatwirtschaft leisten. Aber auch dies ließe sich fördern, in dem die Politik die Rahmenbedingungen verändert. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wartet zum Beispiel sehnsüchtig darauf, dass Wirtschaftsminister Peter Altmaier endlich seine Strategie für eine nationale Industriepolitik vorlegt; ein Wunsch des BDI wäre, dass Versicherungen wie Allianz künftig nicht mehr nur in sichere Anleihen oder konservative Aktien investieren dürfen, sondern auch in Start-ups. So ließe sich viel Kapital mobilisieren.

Doch Altmaier hat die Vorlage mehrfach verschoben, während Länder wie Frankreich ihre digitale Industriepolitik mit Verve vorantreiben. Emmanuel Macron, meint **die TUM**-Professorin Ann-Kristin Achleitner, "hat verstanden, dass noch immer der Satz von Ludwig Erhard gilt: Wirtschaft besteht zu mindestens 50 Prozent aus Psychologie".

Es ist an der Zeit, dass sich die Ludwig Erhards Erben, also Angela Merkel und ihr Kabinett, dessen bewusst werden.

**Die eigentliche Bedrohung kommt aus China, nicht aus dem Silicon Valley**

**Die Koalition in Berlin ist leider vor allem mit sich selbst beschäftigt**